

Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts
für das Jahr 1959

I. Dem Ersten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 ArbGG,
- 3.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 ArbGG,
- 4.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 ArbGG,
- 5.) die Revisionsbeschwerden nach § 77 ArbGG,
- 6.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 1 ArbGG, die mit den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 ArbGG in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 7.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
 - a) Verfassungsrecht
 - b) Vereinigungsfreiheit
 - c) Allgemeines Tarifrecht
 - d) Arbeitskampf
 - e) Betriebsverfassungsrecht einschließlich des Personalvertretungsrechts
 - f) Hausarbeitstagsrecht
 - g) Urlaubsrecht
 - h) Feiertagsrecht
 - i) Mutterschutz
 - k) Jugendschutz

- l) Ruhegehaltsansprüche in der privaten Wirtschaft
- m) Wettbewerbsklauseln
- n) Arbeitnehmererfindungsrecht
- o) Rechtsstreitigkeiten mit Arbeitnehmern bei alliierten Dienststellen und Streitkräften
- p) Rechtsstreitigkeiten aus dem öffentlichen Dienst, soweit es sich handelt um:
 - aa) Schadenersatz
 - bb) Regreß

- 8.) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die weder dem Zweiten noch dem Dritten noch dem Vierten Senat zugewiesen sind,
- 9.) die AR-Sachen, soweit nicht die in der Sache berührte Materie in den Geschäftsbereich eines anderen Senats fällt.

II. Dem Zweiten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 der Erste Senat oder nach III der Dritte Senat oder nach IV der Vierte Senat zuständig sind, zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 ArbGG, die mit den nach II Ziffer 1 dem Zweiten Senat zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 3.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 2 ArbGG.

III. Dem Dritten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 der Erste Senat zuständig ist, zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3

in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1.) betr. Beendigung des Arbeitsverhältnisses und Ruhegeld, an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind,
- 2.) aus den Regelungsgesetzen zu Art. 131 des Grundgesetzes, auch wenn keine der unter IV Ziffer 1 genannten Parteien an der Rechtsstreitigkeit beteiligt ist.

IV. Dem Vierten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 der Erste Senat oder nach III der Dritte Senat zuständig sind, zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1.) an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind,
- 2.) aus den Tarifordnungen, Tarifverträgen oder dem statutarischen Recht für den öffentlichen Dienst, auch wenn sie nicht unter IV Ziffer 1 fallen.

V. Die Beteiligung einer der in Ziffer III, 1 und IV, 1 bezeichneten juristischen Personen des öffentlichen Rechts bleibt außer Betracht, wenn sie den Rechtsstreit gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 ArbGG führt oder sich als Dritter (§§ 64 ff. ZPO) am Rechtsstreit beteiligt.

VI. Bis zum Eingang der Revisionsbegründungsschrift sind für die Revisionsverfahren zuständig:

- 1.) der Zweite Senat mit Ausnahme der zu 2) bezeichneten Verfahren,
- 2.) der Vierte Senat, soweit die Parteibezeichnung ergibt, daß das Verfahren den öffentlichen Dienst betrifft.

VII. Schlußbestimmungen

- 1.) Erachtet der Vorsitzende eines Senats in einer bei seinem Senat anhängigen Rechtsstreitigkeit die die Zuständigkeit seines Senats begründenden Rechtsfragen für untergeordnet, so kann er die Sache an den zuständigen Senat mit Zustimmung des Vorsitzenden dieses Senats abgeben.
- 2.) Kommt eine Übereinstimmung der Vorsitzenden der Senate nach VII Ziffer 1 nicht zustande, so gilt folgendes:

Erachtet ein Senat vor der mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängigen Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts überwiegend vor den anderen Senat gehört, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.

- 3.) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das

nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern der andere Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

- 4.) Dieser Geschäftsverteilungsplan tritt am 1. Januar 1959 in Kraft mit der Maßgabe, daß auch die bis zum 31. Dezember 1958 bei dem Bundesarbeitsgericht eingegangenen Rechtsstreitigkeiten mit dem 1. Januar 1959 an den Senat übergehen, der nach diesem Geschäftsverteilungsplan zuständig ist.

Kassel, den 27. November 1958

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

gez. Nipperdey.
(Nipperdey)

gez. Dr. Müller.
(Dr. Müller)

gez. Dr. König..
(Dr. König)

gez. Dr. Poelmann
(Dr. Poelmann)

gez. Dr. Berger
(Dr. Berger)